

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von HoF Wittenberg – Institut für
Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Redaktion:
Peer Pasternack & Martin Winter

Anschrift: Redaktion „die hochschule“, HoF Wittenberg, Collegienstraße 62
D-06886 Wittenberg; Tel.: 0177/3270900; Fax: 03491/466-255
eMail: pasternack@hof.uni-halle.de; winter@hof.uni-halle.de
<http://www.diehochschule.de>
Vertrieb: Lydia Ponier, Tel. 03491/466-254,
Fax: 03491/466-255, institut@hof.uni-halle.de
ISSN 1618-9671. Dieser Band: ISBN 3-937573-02-X

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung.

Manuskripte werden in dreifacher Ausfertigung erbeten. Ihr Umfang sollte 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Weitere Autorenhinweise sind auf den Internetseiten der Zeitschrift zu finden: <http://www.diehochschule.de>

Von 1991 bis 2001 erschien „die hochschule“ unter dem Titel „hochschule ost“ in Leipzig (<http://www.uni-leipzig.de/~hso>). „die hochschule“ steht in der editorischen Kontinuität von „hochschule ost“ und dokumentiert dies durch eine besondere Aufmerksamkeit für ostdeutsche und osteuropäische Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung sowie -geschichte.

Als Beilage zum „journal für wissenschaft und bildung“ erscheint der „HoF-Berichterstätter“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Wittenberg.

HoF Wittenberg, 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (<http://www.hof.uni-halle.de>). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird von Prof. Dr. Reinhard Kreckel, Institut für Soziologie der Universität Halle-Wittenberg, geleitet.

Neben der Zeitschrift „die hochschule“ mit dem „HoF-Berichterstätter“ publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (ISSN 1436-3550) sowie die Buchreihe „Wittenberger Hochschulforschung“ im Lemmens-Verlag Bonn.

Die Transformation der ostdeutschen Universität

**Unvollständige Kolonisierung und Reformblockade am
Beispiel der Universität Leipzig¹**

**Hartmut Elsenhans
Andreas Lange**
Leipzig/Berlin

Im Folgenden möchten wir zeigen, dass sowohl die These der Kolonisierung Ostdeutschlands (Richter 1994; Rosenberg 1991), als auch die These einer bedingungslosen Unterstützung Ostdeutschlands durch den Westen, ungenau ist. Vielmehr scheint ein Ansatz

fruchtbarer zu sein, der sich auf die differenzierte Kolonialismustheorie stützt, wie sie während des späten Kolonialismus entwickelt wurde. Danach vertreten wir die These, dass die Transformation des ostdeutschen Hochschulsystems als eine Art ‚Kolonisierung auf Einladung‘ beschrieben werden kann.

In vor-kapitalistischen Gesellschaften bedeutete Kolonisierung die Eroberung von Territorium sowie die Ausbeutung lokal verfügbarer Ressourcen durch die Kolonisatoren. Dies war während der Ausdehnung der alten tributären Regime zu beobachten sowie während der Kolonisierung Lateinamerikas durch die iberischen Mächte. Der europäische Kolonialismus im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war jedoch erfolgreich, weil alte und neue lokale Eliten das neue ökonomische und soziale System attraktiv fanden. Das heißt, dass das Gelingen der Kolonisierung von

¹ Wir danken Philipp Fink und Harry Wolf für ihre wertvolle Hilfe bei der Datenrecherche.

kollaborierenden und vermittelnden Eliten abhängig war (Robinson 1972). Diese schlugen eine Brücke zwischen den existierenden vorkapitalistischen Strukturen und den neuen dominanten Sektoren, was nicht nur die Rente der lokalen Elite sicherte, sondern auch den Übergang zum Kapitalismus ermöglichte.

Als die neue gesellschaftliche Option für die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) nach 1989 greifbar wurde, kollabierte das alte System. Der zentrale Unterschied zwischen den MOEL und Ostdeutschland lag in der Notwendigkeit, in den MOEL ein neues gesellschaftliches System auf der Grundlage des implodierten alten zu schaffen, ohne Mitglieder einer anderen Herrschaftselite importieren zu können, weil man sich nicht mit einer solchen Metropole in einen gemeinsamen Staatenverbund zusammenschließen konnte. Niemand beabsichtigte, für die MOEL jene Verantwortung zu übernehmen, welche die „spätkolonialistischen“ Metropolen in der Verweigerung von Entkolonisierung gegenüber ihren Kolonien im 20. Jahrhundert zu übernehmen bereit waren (Elsenhans 2000b: 344-351), wie das Beispiel der „überfinanzierten“ Kolonien der Südsee zeigt (Krosigk/Rath 1988).

Für Ostdeutschland stand jedoch die Option offen, auf Westdeutschlands administrative Kompetenzen, wirtschaftliche Führer sowie Lehrer und Manager zurückzugreifen. Der Systemwechsel führte daher nicht nur zum Import neuer Strukturen, sondern auch zu einem massiven Personaltransfer. Da eine volle Symbiose zwischen Bestandteilen des alten und neuen Systems jedoch unmöglich war, konnten nur fragmentierte Netzwerke überleben. Die Mitglieder solcher Netzwerke in Ostdeutschland nutzen diese, um ihre Position innerhalb des Marktes sowie im politischen Prozess zu verbessern. In Übereinstimmung mit dem Elitenimport während der kolonialen Expansion des 19. Jahrhunderts sahen sich diese Netzwerke im Besitz einer wichtigen Ressource bzgl. ihrer Position zur importierten Elite: Da der Elitenimport nicht durch Oktroi, sondern durch Einverständnis beider Seiten erfolgte, konnte dieser durch die lokale Elite moralisch gerechtfertigt werden. War im 19. Jahrhundert koloniale Expansion noch teuer, aber als Prozess der Zivilisierung legitimiert, so wurde sie im 20. Jahrhundert ohne lokales Einverständnis unmöglich (Elsenhans 2000b).

Die neue Elite in den MOEL gelang an die Macht aufgrund ihrer politischen Meriten und trotz ihrer professionellen Unerfahrenheit. Im Gegensatz dazu wurden die ostdeutschen Protagonisten schnell überflüssig,

da eine politisch nicht-kompromittierte und professionell-erfahrene West-Elite verfügbar war. Dieser West-Ost-Elitentransfer im öffentlichen Sektor fand Unterstützung sowohl bei den ostdeutschen Entscheidern als auch bei den Westdeutschen, die sich dafür einsetzten, dass politische Patronage alter und neuer Ost-Netzwerke keine Rolle bei der Verteilung der Beute spielen sollte.

Die Transformation Ostdeutschlands kann also eher als ‚Kolonisierung auf Einladung‘ beschrieben werden und wurde nicht durch ‚expansive Tendenzen‘ des westdeutschen Kapitalismus ausgelöst. Subventionen für überkommene ökonomische Strukturen wurde dabei der Vorrang vor der Entwicklung eines unabhängigen und selbstbestimmten Modells gegeben. Die ‚Kolonisatoren‘ mussten die einladende Gruppe respektieren. Daher wurde die Begleichung offener Rechnungen durch politische Beschuldigung den lokalen Eliten überlassen, um nicht als grob und aggressiv zu gelten. Die Reinigung der öffentlichen Institutionen richtete ihre Anstrengung auf die am meisten sichtbaren Schichten und deren repräsentative Individuen. Die mittelmäßigen, aber politisch-sauberen Spieler wurden verschont, da das allumfassende Spitzel- und Denunziations-system der Staatssicherheit normalerweise wenig Interesse an jenen gezeigt hatte.

An der Universität als einer (ostdeutschen) öffentlichen Institution führte die Abwesenheit von Marktkonkurrenz zusammen mit der schnellen Verfügbarkeit von formal-qualifiziertem Personal sowie finanziellen Ressourcen zu blockierten Strukturen, die weitere Innovation und Dynamik verhinderten. Unsere empirischen Daten legen nahe, dass besonders in den frühen Jahren nach der Wende die Chance vergeben wurde, junge ostdeutsche Wissenschaftler zu fördern. Stattdessen füllten relativ alte und langerfahrene Wissenschaftler aus Ost und West die freiwerdenden Positionen, die nach dem freiwilligen und unfreiwilligen Ausscheiden eines erheblichen Teils der ostdeutschen Wissenschaftlergemeinschaft verfügbar wurden.

Wir versuchen zu zeigen, dass neues, importiertes Personal eine Allianz mit Teilen des alten Ost-Personals einging, die sich auf der Basis einer bevorzugten Behandlung durch die neuen Machthaber ergab. Obwohl die Bildungspolitik ursprünglich die ostdeutschen Hochschulen umgestalten wollten, scheiterten sie aufgrund des in der Folge sichtbar gewordenen Ressourcenmangels sowie aufgrund fehlender Einflussmöglichkeiten im weiteren Verlauf der Reform. Der Import des krisengeschüttelten

westdeutschen Hochschulmodells sowie die einseitige Konzentration auf personelle Erneuerung verhinderten auf Dauer notwendigen strukturellen Wandel und blockierten weitere Innovation und Reform.

Mangelnde Reformkonzepte der DDR-Universität und personelle Erneuerung im Transformationsprozess

Alternative Positionen, die seit der Gorbatschow-Ära Mitte der 1980er Jahre formuliert wurden, hatten innerhalb der DDR-Hochschule keine Chance. Die erste Transformationsphase zwischen Herbst 1989 und 1990 war vor allem durch Versuche der Selbsterneuerung gekennzeichnet. Trotzdem blieb das interne Reformpotential der ostdeutschen Hochschulen bis Anfang 1990 beschränkt. Die ostdeutschen Universitäten waren jedoch aus anderen Gründen reformunfähig als die westdeutschen. Während sich im Westen etablierte und abgesicherte Karrierepfade als Flexibilitäts- und Innovationshemmer erwiesen, verursachten im Gegensatz dazu die unkalkulierbaren Auswirkungen auf die eigene Biographie sowie die Unsicherheit des Reformausgangs eine Blockade von Reformen im Osten (Pasternack 2001: 49).

Die positiven Aspekte des DDR-Hochschulsystems wurden im Nachwendeprozess schnell begraben. Dazu zählte sicherlich das zahlenmäßig ausgewogene Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden sowie die bescheidene, aber effiziente Unterstützung durch Stipendien. Was die finanzielle Ausstattung des DDR-Hochschulsystems betraf, so war dieses aus anderen Gründen in der Krise als das westdeutsche: Der Ressourcenmangel war ein Ergebnis der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in der DDR, während dies im Westen einen systemimmanenten Faktor im Sinne einer permanenten Unterfinanzierung darstellte (Ash 1997; Buck-Bechler 1994; Kocka/Mayntz 1998; Weiss 1994).

Nach 1990 wurde die schnelle Integration in das westdeutsche Modell für viele Akteure innerhalb der Hochschulen wünschenswert. Die Unmöglichkeit der Erneuerung bestand in der Bewältigung einer Universitätsreform in einer revolutionären Zeitspanne, die zumal auf demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien beruhen sollte (Ash 1997: 90; Pasternack 2001: 52). Dabei wurde die personelle Erneuerung der ostdeutschen Universitäten das leitende Reformprinzip auf Kosten der strukturellen und konzeptionellen Dimension. Die personelle Erneuerung verfolgte neben der Suche nach Rache und Rehabilitierung auch eine Strategie der

Delegitimierung und Bestrafung der alten Eliten. Das allgegenwärtige Demokratiepostulat des Erneuerungsdiskurses hatte dabei eher eine legitimatorische Funktion zur Sicherung der Stellung der neuen administrativ-funktionalen Elite (Pasternack 2001: 59).

Der allgemeinen Abwicklung ganzer Abteilungen folgte der Integritätstest, der als politisches Mittel „von oben“ erschien (Kiel 1995: 169). Er wurde von den Personalkommissionen durchgeführt und avancierte schnell zum bestimmenden Instrument des Reformprozesses. Nun konnten es jedoch die herausragenden DDR-Wissenschaftler selten vermeiden, Kontakt zur Staatssicherheit zu unterhalten, selbst wenn dies nur in der Form von schriftlichen Reiseberichten über Länder geschah, die sie aus wissenschaftlichen Gründen besuchten. Es scheint daher schwierig, den Eindruck zu vermeiden, dass einige der Innovationsblockaden der ostdeutschen Universitäten entstanden, weil die kleine Anzahl der herausragenden ostdeutschen Professoren gezwungen war, die Universität zu verlassen. Die durchschnittliche Masse der Wissenschaftler erfuhr nach 1989 eine tendenziell bessere Behandlung aufgrund ihrer sauberen politischen Akte, da die Staatssicherheit ein stärkeres Interesse an den Spitzenkräften hatte.

Die unterschiedlichen Instrumente des Erneuerungsprozesses schienen wenig systematisch miteinander verbunden. Diese Beziehungslosigkeit erwies sich jedoch als äußerst funktional. Viele der ostdeutschen Nachwuchswissenschaftler fanden sich schnell in den so genannten Integrationsprogrammen wieder. Dieses System erzeugte starke Konkurrenz unter den Programmteilnehmern im Kampf um Akzeptanz durch ein System, das vorgab, Verständnis für diejenigen mit sauberen politischen Hintergründen zu hegen. Darüber hinaus wurden jene, die die Universität verließen, nicht nur aus politischen oder ideologischen Gründen dazu gezwungen. Vielmehr fanden viele keine Aufgabe im neuen System, obwohl sie positiv evaluiert worden waren (Wartenberg 2001: 284). Andere gingen in den Ruhestand oder verließen die Hochschule freiwillig aus Angst vor politischer Überprüfung (Mayntz 1997: 71).

Ergebnisse der Personalreform an der Universität Leipzig

Die Veränderungen in der Personalstärke der Universität Leipzig (UL) und in Ostdeutschland generell sind genügend dokumentiert (Burkhardt 1997; Burkhardt/Scherer 1994; Heinemann 1997; Mayntz 1998; Pasternack 1995; Simon 1998; Weiss 1994). Die ersten Neubesetzungen nach

der Umstrukturierung wurden im wesentlichen über Hausberufungen vorgenommen. Das Interessengemenge innerhalb der Berufungskommissionen führte schnell zu einer „Verwestlichung“ bei den Neuberufenen. Zuvor politisch diskriminierte jüngere ostdeutsche Wissenschaftler hingegen konnten die Karriereleiter im Regelfall nicht erklimmen. Vielmehr füllten Westdeutsche und ältere Ostdeutsche die freien Stellen. Dies war politisch gewollt. Westdeutsche Wissenschaftler konnten nach dem Eintritt in die Berufungskommissionen Personalentscheidungen beeinflussen. Der westdeutsche Wissenschaftlermarkt war saturiert mit zumindest formal ausreichend qualifiziertem Personal. Für viele bedeutete der Schritt in den Osten daher einen Karrieresprung. Dieser war um so größer, je mehr Wartezeit zwischen Habilitation und Erstberufung² lag. Die Notwendigkeit einer Habilitation stellte eine Verzerrung zugunsten der formal Qualifizierten sowie einen Schaden für viel versprechende jüngere Talente aus Ost und West dar. Obwohl von vielen angezweifelt wird, dass ein Verzicht auf die Habilitation bei der personellen Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschulen zu einer Qualitätsverbesserung geführt hätte, so ist zumindest zu fragen, ob dann nicht eben eine langsamere Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen angezeigt gewesen wäre.

Obwohl das durchschnittliche Erstberufungsalter für Professoren in den letzten Dekaden kontinuierlich anstieg, galt es als befriedigend, wenn die Berufung nicht nach dem 45. Lebensjahr erfolgte. Das durchschnittliche Erstberufungsalter lag in Deutschland im Jahr 2001 bei 41,1 Jahren (inklusive Fachhochschulen) (Statistisches Bundesamt 2001, Tabelle 16). Die entsprechenden Daten für die Universität Leipzig zeigen eine Abweichung von mehr als sechs Jahren im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt (Tabelle 1). Während der ersten Berufungsrunde zwischen 1989 und 1993 lag das Alter der erstberufenen Professoren bei 47,2 Jahren. Die große Differenz zwischen Westdeutschen (45,6 Jahre) und Ostdeutschen (50 Jahre) ist vor allem bedingt durch die längere Wartezeit für die Ostdeutschen, die ihre Ursachen im DDR-Hochschulsystem hatte. Gleichwohl näherte sich in der Zeit nach 1993 nur das Berufungsalter der Westdeutschen mit 43 Jahren wieder dem bundesdeutschen Durchschnitt an, während die Ostdeutschen weiterhin noch in einem relativ hohen Alter berufen wurden (49,2 Jahre).

² Erstberufung meint diejenigen an die UL berufenen Professoren, die zuvor noch keine ordentliche Professorenstelle in Ost oder West (oder im Ausland) innehatten.

Table 1: Durchschnittsalter von Professoren bei der Erstberufung an die Universität Leipzig

	Gesamt*		West		Ost	
	Jahre	n ³	Jahre	n	Jahre	n
Alter bei Erstberufungen zwischen 1989 und 1993	47,2	34	45,6	21	50	12
Alter bei Erstberufungen zwischen 1994 und 2002	44,2	46	43	34	49,2	10
Gesamt 1989-2002	45,2	80	44	55	49,6	22

Quelle: eigene Analyse; * ohne Ausländer

Table 2: Durchschnittsalter bei der Habilitation und Wartezeit zwischen Habilitation und Erstberufung

	Gesamt*		West		Ost	
	Jahre	n	Jahre	n	Jahre	n
Durchschnittliches Habilitationsalter der Erstberufenen zwischen 1989-1993	40,7	32	40	20	41,8	12
Durchschnittliches Habilitationsalter der Erstberufenen zwischen 1994-2002	40,5	41	40,3	30	41,1	10
Durchschnittliche Wartezeit zwischen Habilitation und Erstberufung bei Erstberufenen zwischen 1989-1993	5,9	36	4,8	22	7,6	13
Durchschnittliche Wartezeit zwischen Habilitation und Erstberufung bei Erstberufenen zwischen 1994-2002	4	53	3,2	39	6,9	12

Quelle: eigene Analyse; * ohne Ausländer

Wie die verfügbaren Daten zeigen, bevölkerten langjährig erfahrene westdeutsche Assistenten die freiwerdenden Stellen im Osten überproportional. Die durchschnittliche Wartezeit zwischen Habilitation und Erstberufung der Westdeutschen, die wir aufgrund der Datenverfügbarkeit unter-

³ Die Grundgesamtheit n entspricht den von uns ermittelten Erstberufungen, bei denen Altersangaben öffentlich zugänglich waren. Nach unserer Analyse wurden insgesamt 107 Professoren bis 2002 ohne vorherige Professur im In- oder Ausland berufen. 68 Erstberufene kamen aus Westdeutschland, 32 aus Ostdeutschland, 5 aus dem Ausland.

suchen konnten, betrug 4,8 Jahre, während die Ostdeutschen 7,6 Jahre auf ihren ersten Ruf warten mussten (Tabelle 2). Nach 1993 verkürzte sich diese Zeit für die Westdeutschen auf 3,2 Jahre, für die Ostdeutschen auf 6,9 Jahre. Das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der Habilitation für West- und Ostdeutsche ist ebenfalls höher als der bundesdeutsche Schnitt von 38,3 Jahren (Statistisches Bundesamt 2001, Tabelle 15), wenn auch nur um etwas mehr als 2 Jahre. Diese quantitativen Daten scheinen Simons Argument zu unterstreichen, nachdem viele Wissenschaftler der „dritten Wahl“ aus Westdeutschland (Simon 1995), die lange auf ihre erste Berufung warten mussten, die Chance auf eine Professur im Osten ergriffen (vgl. auch Schluchter 1994). Ein durchschnittlich qualifizierter westdeutscher Bewerber konnte einen ostdeutschen Kandidaten leicht nieder konkurrieren, da letzterer normalerweise keine internationale Erfahrung und nur eine kleine Publikationsliste hatte. Dies stellt gleichzeitig eine Analogie zum Dienst in den Kolonialgebieten im 19. Jahrhundert dar, der wenig attraktiv erschien. Abgesehen von wenigen sehr engagierten Individuen mussten Funktionsträger durch hohe Einkommen angereizt werden, wie sich für die französischen und britischen Kolonialverwaltungen zwischen 1880 und 1960 zeigen lässt. Dies legt den Schluss auf eine vergleichsweise geringe Qualität der importierten Staatsdiener nahe.

Bei der Verteilung der Professuren zwischen West- und Ostdeutschen zeigen die Daten für die Universität Leipzig einen ähnlichen Trend, wie bereits Burkhardt (1997) für ganz Ostdeutschland festgestellt hat (Tabelle 3).⁴

⁴ Während die Zahlen für die Rechtswissenschaften fast identisch sind, sind die Anteile in der Fakultät für Mathematik und Informatik mit 37% sowie in der Fakultät für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie mit 52% in Leipzig etwas höher. Die Anteile der Sozialwissenschaften in Leipzig können u.a. deswegen höher sein, weil der Berufungsprozess zum Zeitpunkt von Burkhardts Untersuchung noch nicht abgeschlossen war. Da neue Professoren meistens aus Westdeutschland kamen, könnte dies den Anteil von 84% mit westdeutscher Herkunft erklären. Die Gesamtanzahl von 53% mit westdeutscher Herkunft übersteigt ebenfalls Burkhardts Ergebnisse. Dies kann insbesondere daran liegen, dass wir keine Daten über die Medizinische Fakultät präsentieren können.

Tabelle 3: Anteil der Professoren mit ost- und westdeutscher sowie ausländischer Herkunft an der Universität Leipzig nach Fakultäten (n=329) in 2002 in Prozent

Fakultät	Ost in %	West in %	Ausländer in %	Gesamt	West in % nach Burkhardt (1997)
Juristenfakultät	0	100	0	19	90
Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie	44	52	4	25	29
Chemie & Mineralogie	56	39	6	18	29
Wirtschaftswissenschaft	30	67	4	27	64
Erziehungswissenschaft	33	67	0	15	n.v.
Geschichte, Kunst- & Orientwissenschaften	43	48	9	44	64
Mathematik & Informatik	60	37	3	30	29
Philologie	45	45	9	44	62,6
Physik & Geowissenschaften	69	26	6	35	29
Sozialwissenschaften	10	84	6	31	64
Sportwissenschaft	29	71	0	7	62,6
Theologie	75	25	0	12	n.v.
Veterinärmedizin	27	64	9	22	53,5
Gesamt*	41	53,5	5,5	329	43

Quelle: Personaldezernat Universität Leipzig; eigene Analyse; Burkhardt (1997); * ohne Medizin

Eine der Konsequenzen des personellen Wandels spiegelt sich auch in der sinkenden Zahl der Habilitationen zwischen 1992 und 1998 wider. Burkhardt hatte auf diese Tendenz bereits hingewiesen (Burkhardt 1997: 33). Habilitierten sich an der UL 1992 noch insgesamt 21 Wissenschaftler, sank diese Zahl 1994 auf 14, 1995 auf 12, 1996 auf 7, um erst 1997 wieder auf 12 und 1998 auf 25 anzusteigen.⁵ Das schlechte Abschneiden des

⁵ Datenquelle: Universität Leipzig, Studentensekretariat.

Ostens scheint wenig überraschend. Junge Wissenschaftler suchen nach herausragenden Professoren mit zumindest nationaler, wenn nicht sogar internationaler Reputation. Der Mangel an Publikationsaktivitäten der Erstberufenen könnte ein Indiz dafür sein: Lediglich 52 von 82 erstberufenen Professoren, die bis 1998 an die UL kamen, waren in den Forschungsberichten 1998, 1999 und 2000 mit jeweils mindestens einer Publikation vertreten. Von den 44 bis einschließlich 1993 Erstberufenen publizierten lediglich 29 Professoren in den angegebenen Jahren mindestens einmal.

Unvollständige Reformen, Phase 1: Die Bildung von Blockierer-Koalitionen

Im Vergleich zu den Transformationserfahrungen in den MOEL scheint es offensichtlich, dass der Elitenwechsel in Ostdeutschland zumindest im Wissenschaftssystem die jüngere bzw. mittlere Generation überging. Dies veränderte den Reformpfad der Universität Leipzig und schuf ein Element der Restauration und Blockade. Der Mangel an langfristigen Konzepten und Leitmotiven für eine Reform führte schnell zu einer Verbindung aus dem importierten System mit Überresten der alten Zeit, wie autoritären Verhaltensweisen und anti-demokratischen Überzeugungen (Simon 1998). Die neue Funktionselite, obwohl in zwei unterschiedlichen Systemen sozialisiert, hat schnell einen neuen Status Quo festgesetzt, der weitere Reformen von oben und unten verhinderte. Der Import des westdeutschen Hochschulsystems behinderte auch die institutionelle Anpassung an die spezifischen Bedingungen der neuen Länder. Reformen im Westen, die eine Voraussetzung für Reformen im Osten gewesen wären, rückten ebenfalls in weite Ferne, da weder ein Einverständnis über die Ursachen der westdeutschen Wissenschaftsmisere, geschweige denn Reformkonzepte und der politische Wille, sie durchzusetzen, vorhanden waren (Buck-Bechler 1997; Mayntz 1994; Schluchter 1996).

Die Ursachen einer solchen Allianzbildung zwischen lokaler und importierter Elite liegen auch in den spezifischen Strukturen des deutschen Hochschulsystems. Aus einer Public Choice-Perspektive heraus wurde argumentiert, dass das Versagen der deutschen Universitäten, effektive Entscheidungsprozesse zu entwickeln, nicht durch den Mangel an Macht bestimmter Akteure oder Institutionen der akademischen Selbstverwaltung bedingt ist, sondern durch zu viel Macht, die darüber hinaus noch un-

gleich verteilt ist. Solche Macht kann lediglich zur Blockade von Entscheidungen eingesetzt werden. Kreatives und problemorientiertes Entscheiden ist kaum möglich (Schimank 2001: 233). „Erfolgreiches Scheitern“ und hohes Beharrungsvermögen trotz großer Probleme ist das Ergebnis. Diversifizierung und Spezialisierung könnten dazu beitragen, Ziele genauer zu definieren, die die Universitäten verfolgen sollten. Dies könnte nur durch eine Machtstärkung der Dekane und Rektoren bzw. Präsidenten erreicht werden, während die Blockademacht der Selbstverwaltung reduziert würde.

Andere argumentieren, dass die moderne Universität eher einem „loosely coupled system“ mit hyper-spezialisierten Individuen und Instituten gleicht, die die universitäre Identität insgesamt untergraben (Müller-Böling 1998: 232ff). Eine solche Institution ist durch Fragmentierung und Isolierung ihrer Teile gekennzeichnet. Die isolierten Teile verfolgen ihre eigenen Ziele und reagieren „allergisch“ auf Interferenzen von außerhalb, z.B. auf Reformpläne von oben. Solch eine Institution ist nicht in der Lage, auf Modernisierungsanforderungen zu reagieren und verfolgt lediglich Ziele der institutionellen Selbsterhaltung. Dadurch wird sie zu einer konservativen Institution.

Die Beziehungen zwischen Staat und Hochschule sind durch den permanenten Versuch der Länderministerien gekennzeichnet, ihre Kontrolle auf unterschiedliche Aspekte in Lehre und Forschung auszudehnen, sei es auf Fragen der Personalplanung, Finanzen oder Studienordnungen (Pasternack/Kehm 2001). Im Ergebnis bilden die Akteure übergreifende informelle Netzwerke, um ihre Reformvorstellungen durchzusetzen. Solche Netzwerke können wiederum zur Entstehung von Blockierer-Koalitionen oder Anti-Netzwerken führen, die grundlegende Reformen verhindern (Schimank 2001).

Unvollständige Reformen, Phase 2: Finanzkrise

Deregulation benötigt institutionelle Autonomie, die sowohl von den Universitäten als auch vom Staat gewollt ist, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Das verfassungsmäßige Recht auf die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert der Universität Autonomie gegenüber dem Staat. Die Hochschulen wollen jedoch ihre Finanzierung durch den Staat sicherstellen, während sie das Recht auf Umstrukturierung und Reform sich selbst vorbehalten wollen. Der Kostendruck durch das sächsische Fi-

nanzministerium ist seit 1996/97 kontinuierlich angestiegen. Wie andere Landesregierungen auch drängt der Freistaat seine Universitäten zu einer Reform, die Budgetkürzungen möglich macht. Gleichzeitig möchte ‚Dresden‘ ein gewichtiges Wörtchen bei der zukünftigen Spezialisierung der vier sächsischen Universitäten mitzureden haben. So experimentiert z.B. die TU Dresden seit Januar 2000 mit dem neuen Globalhaushalt, der von der Staatsregierung als neues Modell favorisiert wird. Diesem liegen quasi-unternehmerische Buchhaltungsprinzipien zu Grunde, die für eine effektivere interne Mittelallokation sorgen sollen. Detaillierte Analysen und Ergebnisse dieses neuen Mechanismus liegen allerdings noch nicht vor. Es wäre jedoch möglich, dass interne Verteilungskonflikte zwischen der Universitätsverwaltung und der akademischen Selbstverwaltung über die Mittelverteilung ansteigen.

Die sächsische Staatsregierung hat zugegeben, dass der Aufbau von vier Universitäten (davon drei Volluniversitäten) nach 1991 ein Fehler war. Eine effektive Spezialisierung der vier Hochschulen mit entsprechenden Skaleneffekten wäre eine sinnvolle Antwort auf den absehbaren Mangel an finanziellen Ressourcen für Forschung und Lehre gewesen. Eines der Hauptargumente für finanzielle Einschnitte, nämlich der demographische Faktor, kann von der bereits damals vor auszusehenden Haushaltslage jedoch kaum ablenken. Da die Anzahl der Studierenden an sächsischen Universitäten mit sächsischer Herkunft nach 2008 voraussichtlich sinken wird, will die Staatsregierung die Hochschulausgaben kürzen, um nicht den Export von Absolventen in andere Bundesländer zu subventionieren. Damit verbunden beschuldigt die Staatsregierung andere Bundesländer, ihre eigenen Hochschulen systematisch unterauszustatten, was zur Migration auf Zeit von Studierenden aus diesen Ländern in die nach wie vor weniger überfüllten Ost-Universitäten führt.

Das sächsische Wissenschaftsministerium verhandelt seit den frühen 90er Jahren mit den Universitäten über ihre zukünftigen Strukturen und die dafür notwendigen Ressourcen. Der sogenannte Hochschulkonsens bietet im wesentlichen ein schmaleres, aber stabiles Finanzgerüst bis 2010 im Tausch gegen Stellenkürzungen. Obwohl die Universitäten den Vertrag bisher nicht unterzeichneten, wurden bereits 135 Stellen an sächsischen Hochschulen im Jahr 2002 gestrichen. Weitere 415 Stellen werden es im Jahr 2004 sein sowie weitere 600 bis 2008.

Nach den beschlossenen Kürzungen des Jahres 2002 mussten die Universitäten detaillierte Pläne vorlegen, in denen die zu opfernden Stellen

auszuweisen waren. In Leipzig existierte bis zu diesem Zeitpunkt keine detaillierte mittel- oder langfristige Planung. Dies war kein Zufall. Es gab keine allgemeinen Richtlinien, an denen die Kürzungsentscheidungen ausgerichtet werden konnten, geschweige denn, dass in irgendeiner Form transparente Evaluationskriterien existierten. Die geheim gehaltenen Kürzungspläne des Rektorats sickerten dann schließlich doch nach unten durch und ernteten einen Sturm der Entrüstung der Lehrenden und der Studierenden. Sie sahen einseitige Kürzungen zu Lasten bestimmter Institute vor, ohne jedoch transparente Kürzungskriterien präsentieren zu können. Die Pläne zeigten deutlich den Mangel an Mut zu Visionen über die zukünftige Entwicklung der UL sowie ihrer Kernkompetenzen und anvisierten Spezialisierungen. Vielmehr setzten die Kürzungen bei den Instituten an, deren Widerstandspotential am geringsten schien. Die Staatsregierung scheint ebenfalls keine klare Konzeption für die sächsische Hochschulentwicklung zu besitzen. Ob die Stellenkürzungen ohne normative Zukunftsbestimmung der sächsischen Hochschulen durchgesetzt werden können, scheint daher immer noch offen.

Fazit: Gibt es eine ‚reformistisch-kolonialistische‘ Problematik?

Die Vereinigung der beiden deutschen Hochschulsysteme kann in drei Argumenten zusammengefasst werden (Ash 1997: 84). Nach dem ersten wurden die westdeutschen Institutionen dem Osten aufgezwängt in einer Form der ‚Kolonisierung‘ (Rosenberg 1991). Das zweite besagt, dass die Erneuerung des alten Systems unvermeidlich und ein schneller und tiefer Einschnitt notwendig war, um den politischen und moralischen Misskredit der alten Strukturen zu überwinden (Frühwald 1994). Ein drittes Argument lautet, dass der Reformprozess zwar durch eine Reihe von Fehlern begleitet wurde und viele Forscher auf der Strecke blieben, normativ betrachtet die relativ hohe Transformationsgeschwindigkeit jedoch wünschenswert war, um den Gesamtprozess nicht unnötig zu verzögern (Wartenberg 2001).

Alle Argumente scheinen korrekt, aber keines ist unproblematisch. Weder ‚Erneuerung‘ noch ‚Kolonisierung‘ sind für sich genommen zutreffend. Erstens scheint es paradox, dass ein zutiefst umstrittenes System wie das der alten Bundesrepublik auf einmal als Erfolgsmodell für die Reformen im Osten gelten soll. Zum zweiten konnte Ostdeutschland

nicht von der 'Tabula rasa'-Situation direkt nach dem Regimekollaps profitieren. Im Vergleich zu den MOEL erschien die strukturelle Leere zu Beginn der ostdeutschen Transformation als vorteilhaft, da etwas Neues und Kreatives die blinden Flecken füllen konnte. Die neuen ‚alten westdeutschen‘ Strukturen schienen jedoch eher weitere Innovationen zu blockieren und das importierte Modell zu zementieren, da lokale Kräfte bei der kreativen Bearbeitung der Krise ins Hintertreffen gerieten. Zum dritten lieferte das exportierende System nicht seine am meisten produktiven Teile, sondern eher jene, die bereits Schwierigkeiten hatten, in den kompetitiven Strukturen des Westens zu bestehen.

Das innovative Lock-in der ostdeutschen Universitäten scheint analog zum festgefahrenen Kolonialsystem des späten 19. Jahrhunderts: Ostdeutsche Reformdynamiken, die durch die Herausforderungen des überlegenen Systems ausgelöst wurden, wurden durch die physische Präsenz importierter Eliten ähnlich dem Kolonialsystem im späten 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erstickt. Aufgrund ihrer externen Herkunft und ihrer eigenen beschränkten Qualifikationen (zumindest im Verhältnis zur exportierenden Gemeinschaft) schließt dieses Personal eine Allianz mit den lokalen Kräften, denen das Überleben geglückt ist. Die große Mehrheit der lokalen Kräfte kann nicht als lokale Avantgarde bezeichnet werden. Die existierende lokale Avantgarde ist zahlenmäßig beschränkt und besitzt nicht die formalen Qualifikationen, um in den neuen öffentlichen Dienst einzutreten.

Das Beispiel der ostdeutschen Universitäten zeigt, dass Selbstöffnung und Internationalisierung nicht immer zu Dynamisierung führt. Die Hindernisse zur Dynamisierung liegen in der Solidarität des Westens für den Osten, nämlich transferiertes Personal und finanzielle Ressourcen. Formal qualifizierte, aber mittelmäßige importierte Eliten besetzten Stellen und erstickten in der darauf folgenden Finanzkrise lokale Kräfte der jüngeren und mittleren Generation, die entweder aus formalen Gründen nicht als Alternative in Betracht kamen, oder, auch wenn sie später die Qualifikationsanforderungen formal erfüllten, keine Berufungschance wegen der dann schon erfolgten Besetzungen hatten. Finanzielle Ressourcen und Staatssubventionen polstern das System gegen Misserfolg sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich und erhalten es durch den Transfer von Renten am Leben. Im Unterschied dazu basiert der momentane Globalisierungsprozess in der Weltwirtschaft auf Marktprozessen und nicht auf staatlich organisierten Finanztransfers (Elsenhans 2000a, 2002).

Nach der Deutschen Einheit stiegen die Arbeitskosten in Ostdeutschland auf ein international nicht-konkurrenzfähiges Niveau aufgrund der hohen sozialen Transfers (Ragnitz et al. 2001) sowie der Einführung der D-Mark. Hätte Ostdeutschland unabhängig bleiben können, wäre vielleicht ein ähnlicher Aufholprozess wie in Süd-Korea oder Taiwan möglich gewesen unter der Voraussetzung, dass die EU einer einseitigen Marktöffnung zugestimmt hätte, wie es die USA nach 1949 bis in die 1980er Jahre für die asiatischen Tigerstaaten tat (Wade 1992: 315ff.). Dann hätte Ostdeutschland einen Wechselkurs wählen können, der niedrig genug gewesen wäre, um neue Industrien auf der Basis der existierenden Ausstattung mit Humankapital aufzubauen (Klodt 1991). Dies hätte den Osten Deutschlands in die Lage versetzt, sich auch ökonomisch mit dem Westen zu vereinigen. Dazu wäre aber vor allem das Vertrauen der Eliten in beiden Teilen der Nation notwendig gewesen, um die Vereinigung auch später nach einem vorübergehend getrennten wirtschaftlichen Weg zu erreichen.

Warum wurde diese Lösung der graduellen Vereinigung nicht in Betracht gezogen? Sicher nicht, weil Westdeutsche Jobs in den neuen Ländern finden mussten. Das Niedriglohnargument spielte aber eine wichtige Rolle: Eine unabhängige Lösung hätte eine Niedriglohnkonkurrenz geschaffen, etwas, wogegen die westdeutsche Industrie sicher nichts einzuwenden gehabt hätte. Das entscheidende Moment schien jedoch darin zu liegen, dass die westdeutsche politische Führung die Entschlossenheit der Deutschen zur Vereinigung in Zweifel zog. Jene Kräfte, die einen „dritten“ Weg anstrebten, wurden schon bei der Volkskammerwahl 1990 politisch in eine Minderheitenposition gedrängt. Eine alternative Transformation Ostdeutschlands zum Kapitalismus entsprach nicht der Zielsetzung der politischen Kräfte im Westen. Solche Alternativen hätten entstehen können, wenn es dem Osten ermöglicht worden wäre, seine eigenen Potentiale zu realisieren. Der Institutionentransfer setzte dann voraus, dass politische Stabilität nur um den Preis einer Übereinkunft zwischen lokalen und importierten Eliten entstehen konnte.

Die Angst vor einer Alternative, die u.U. zur endgültigen Teilung der deutschen Nation geführt hätte, beschleunigte eine frühreife Vereinigung ohne ökonomische Grundlage im Markt (Elsenhans 1993). Die Lösung bestand daher in der Korrektur des Markts. Je stärker diese Eingriffe ausfielen, desto tiefer gruben sich die Hindernisse für weitere Veränderungen ein. Die deutsche Vereinigung hat Strukturen geschaffen, die zu ei-

nem gewissen Grad der blockierten Gesellschaft ähneln, wie sie Stanley Hoffmann in seiner Analyse des Frankreich von vor 1945 lieferte (Hoffmann 1965).

Literatur

- Ash, Mitchell G. (1997): Unification in German Higher Education. Renewal or the Importation of Crisis? In: Ash, Mitchell G. (Hg.), German Universities. Past and Future. Crisis or Renewal? S. 84-109. Providence: Berghahn Books.
- Buck-Bechler, Gertraude (1994): Das Hochschulwesen der DDR am Ende der 80er Jahre. In: Mayntz, Renate (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß. S. 11-31. Frankfurt/Main: Campus.
- Buck-Bechler, Gertraude (1997): Das Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext. In: Buck-Bechler, Gertraude/Schaefer, Hans-Dieter/Wagemann, Carl-Hellmut (Hg.), Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland: Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung. S. 11-45. Weinheim: Beltz.
- Burkhardt, Anke (1997): Stellen- und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport. Arbeitsberichte 5/97. Wittenberg: Institut für Hochschulforschung.
- Burkhardt, Anke/Scherer, Doris (1994): Hochschulpersonal-Ost im Wandel. Zwischenbilanz. In: *Das Hochschulwesen*, Vol. 42, 6. S. 276-281.
- Elsenhans, Hartmut (1993): German Unification and Economic Integration. In: The Korean Political Science Association (Hg.), A Search for a New Order in Unified Korea. S. 521-551. Seoul: The Korean Political Science Association.
- Elsenhans, Hartmut (2000a): Globalisation in a Labourist Keynesian Approach. In: *Journal of Social Studies*, Vol. 89, July-September. S. 1-66.
- Elsenhans, Hartmut (2000b): La guerre d'Algérie 1954-1962. La transition d'une France à une autre. Le passage de la IV à la Ve République. Paris: Publisud.
- Elsenhans, Hartmut (2002): Macroeconomics in Globalization: Productivity, Wages, Profits, and Exchange Rates in an Era of Globalisation. In: *Brazilian Journal of Political Economy*, Vol. 22, 85. S. 53-78.
- Frühwald, Wolfgang (1994): Erneuerung oder Kolonialisierung? Forschungsförderung in den neuen Bundesländern. In: *Nova Acta Leopoldina*, Neue Folge, Vol. 71, 290. S. 131-140.
- Heinemann, Manfred (1997): Hochschulerneuerung in Ostdeutschland. Das Beispiel Sachsen. Erfahrungen und Überlegungen zur Weiterführung. In: Pfeiffer, Waldemar/Seliger, Brigitte (Hg.), Wissen und Wandel. Universitäten als Brennpunkte der europäischen Transformation. S. 81-96. Poznan: Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu.
- Hoffmann, Stanley (1965): Paradoxes of the French Political Community. In: Hoffmann, Stanley/Kindleberger, Charles P./Wylie, Laurence et al. (Hg.), In Search of France: The Economy, Society, and Political System in the Twentieth Century. S. 1-117. New York: Harper.
- Kiel, Siegfried (1995): Ostdeutsche Hochschulen in der Veränderung: Versuch eines Diskurses über Wertungen. In: *Das Hochschulwesen*, Vol. 43, 3. S. 168-173.

- Klodt, Henning (1991): Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern. Qualifizierungsgutscheine als Alternative. In: Weltwirtschaft, Vol. 1. S. 91-103.
- Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hg.) (1998): Wissenschaft und Wiedervereinigung: Disziplinen im Umbruch. Berlin: Akademie Verlag.
- Krosigk, Friedrich von/Rath, Günther (1988): Die Entwicklungsproblematik kleiner Staaten im Südpazifik. In: Krosigk, Friedrich von/Rath, Günther/Leidhold, Wolfgang (Hg.), Südsee: Inselwelt im Umbruch. Einzelstaatlicher Vergleich und regionaler Wandel im Südpazifik. S. 83-142. Erlangen: Universitätsverlag Erlangen.
- Mayntz, Renate (1994): Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention. In: Mayntz, Renate (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß. S. 283-312. Frankfurt/Main: Campus.
- Mayntz, Renate (1997): Die Transformation des Wissenschaftssystems: Ostdeutschland als Sonderfall. In: Wielgoß, Jan/Wiesenthal, Helmut (Hg.), Einheit und Differenz: Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive. S. 68-82. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Mayntz, Renate (1998): Koordinierte und dezentrale Angleichung: Akademieforschung und Hochschulen. In: Czada, Roland/Lehmbruch, Gerhard (Hg.), Transformationspfade in Ostdeutschland. S. 145-164. Frankfurt/Main: Campus.
- Müller-Böling, Detlef (1998): University Governance as Conflictual Management. In: Müller-Böling, Detlef/Mayer, Evelies/MacLachlan, Anne J. et al. (Hg.), University in Transition. Research Mission – Interdisciplinarity – Governance. S. 231-245. Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers.
- Pasternack, Peer (1995): Hochschule in die Demokratie. Die Personelle Erneuerung an der Universität Leipzig: Eine empirische Probe aufs demokratische Exempel. In: *Das Hochschulwesen*, Vol. 43, 3. S. 152-160.
- Pasternack, Peer (2001): Der ostdeutsche Transformationsfall. Hochschulerneuerung als Geschichte einer Komplexitätsreduktion. In: Kehm, Barbara M./Pasternack, Peer (Hg.), Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels. S. 33-64. Weinheim: Basel.
- Pasternack, Peer/Kehm, Barbara M. (2001): Angemessen komplex? Zum Verhältnis von Hochschulproblemen und Hochschulreform. In: Kehm, Barbara M./Pasternack, Peer (Hg.), Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels. S. 13-30. Weinheim: Basel.
- Ragnitz, Joachim/Müller, G./Wöfl, A. (2001): Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen. Das Beispiel der neuen Länder; IWH-Sonderheft 3. Halle: Halle Institute for Economic Research.
- Richter, Wolfgang (1994): Kolonialisierung der DDR. In: Scherer, Klaus-Jürgen/Wasmuth, Ulrike C. (Hg.), Mut zur Utopie: Festschrift für Fritz Vilmar. S. 90-103. Münster: Agenda Verlag.
- Robinson, Ronald (1972): Non-European Foundations of European Imperialism. Sketch for a Theory of Collaboration. In: Owen, Roger/Sutcliffe, Bob (Hg.), Studies in the Theory of Imperialism. S. 117-140. London: Longman.
- Rosenberg, Dorothy (1991): The Colonization of East Germany. In: *Monthly Review*, Vol. 43. S. 14-33.
- Schimank, Uwe (2001): Festgefahrene Gemischtwarenläden - Die deutschen Hochschulen als erfolgreich scheiternde Organisationen. In: Stölting, Erhard/

- Schimank, Uwe (Hg.), Die Krise der Universitäten. Leviathan, Sonderheft 20. S. 223-242. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schluchter, Wolfgang (1994): Der Um- und Neubau der Universität Leipzig. In: Mayntz, Renate (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß. S. 111-136. Frankfurt/Main: Campus.
- Schluchter, Wolfgang (1996): Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Simon, Dieter (1995): Verschleudert und verschludert. Die Wissenschaftsruinen des Westens waren das Vorbild für die Reform im deutschen Osten. In: *Die Zeit*, Vol. 15, 7. April. S. 49-50.
- Simon, Dieter (1998): Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens. In: Führ, Christoph/Furck, Carl-Ludwig/Berg, Christa (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte: 1945 bis zur Gegenwart. S. 390-397. München: Beck.
- Statistisches Bundesamt (2001): Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.4 Personal an Hochschulen. Wiesbaden.
- Wade, Robert (1992): East Asia's Economic Success: Conflicting Perspectives, Partial Insights, Shaky Evidence. In: *World Politics*, Vol. 44, 2. S. 270-320.
- Wartenberg, Günther (2001): Probleme der Transformation ostdeutscher Hochschulen nach 1990. In: Mertens, Lothar (Hg.), Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft? S. 277-286. Berlin: Duncker & Humblot.
- Weiss, Cornelius (1994): Der Erneuerungsprozeß der Universität Leipzig. In: *Nova Acta Leopoldina, Neue Folge*, Vol. 71, 290. S. 95-100.